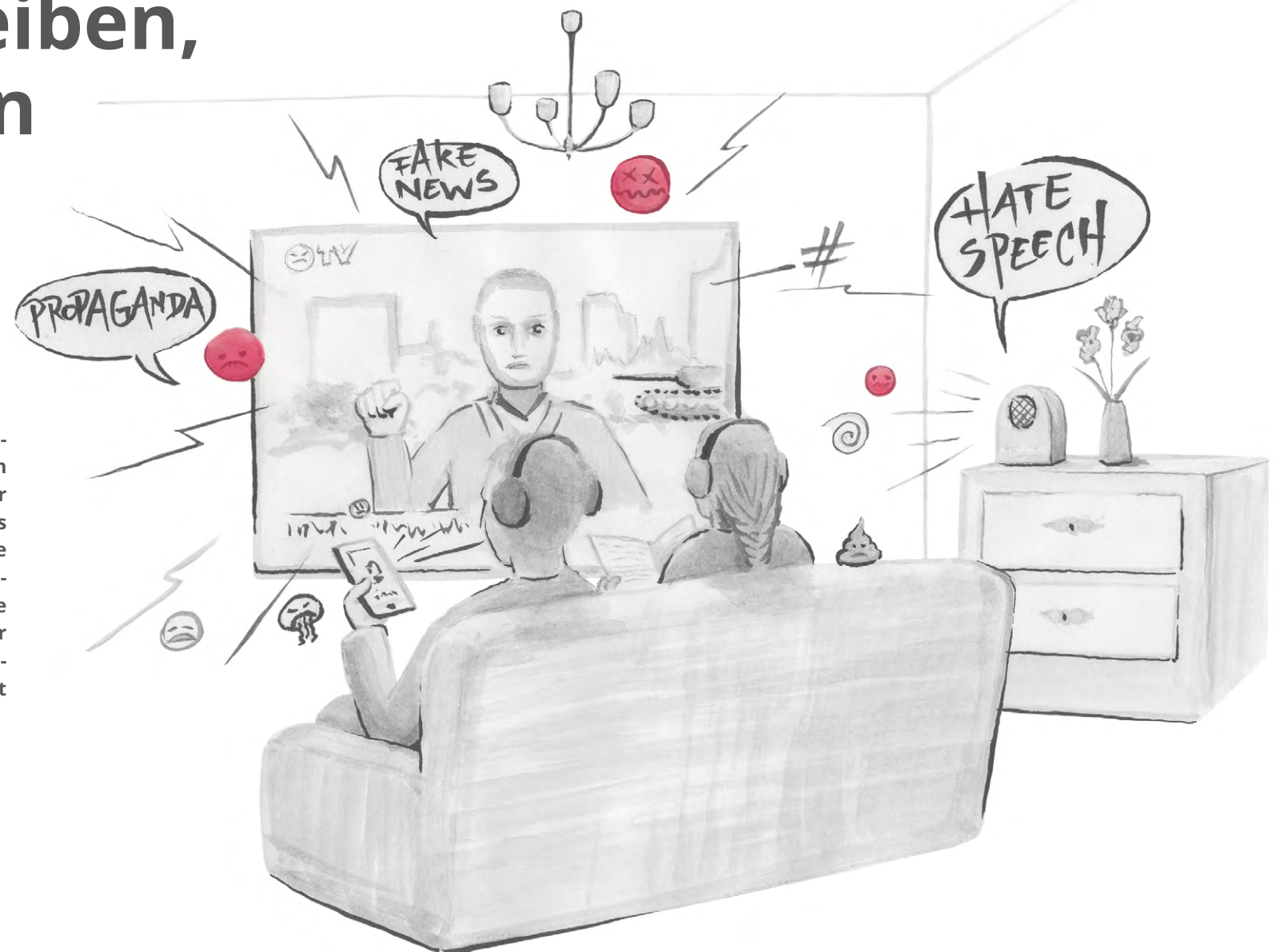


Autoritäre Propaganda und Einflussnahme

Glaubwürdig bleiben, Resilienz stärken

Frank Priess

Propaganda und Einflussnahme durch autoritäre Staaten drohen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in demokratischen Systemen zu unterminieren. Angesichts der immer aggressiver werdenden Versuche von Ländern wie China und Russland, bis in das Herz freiheitlicher Demokratien vorzudringen und diese von innen zu schwächen, ist eine Stärkung demokratischer Resilienz wichtiger denn je. In einem durch Relativismus und hybride Herausforderungen geprägten Zeitalter wird die Demokratie nur überleben, wenn die Unentbehrlichkeit von verantwortungsvollen und unabhängigen Informationen erkannt und konsistent verteidigt wird.



Über autoritäre Propaganda und Einflussnahme zu schreiben, bekommt mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine neue Dimension. Das ganze Repertoire einer skrupellosen Regierung findet sich wie unter dem Brennglas für alle sichtbar, in Wirkung und Absicht noch einmal unterscheidbar zwischen dem einheimischen und dem internationalen Publikum. In abgeschotteten Informationsräumen, wo sich viele Menschen – gerade die älteren unter ihnen fast ausschließlich – aus zensiertem Fernsehen „informieren“ und wo sie über die Jahre mit entsprechenden Narrativen gefüttert wurden, darf man sich über die bis heute anhaltende große Zustimmung zu Putins Aggression kaum wundern. Woanders aber verliert Russland gerade nicht nur den Krieg der Bilder und Diskurse, wie seine Verurteilung durch 141 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gezeigt hat: Nur vier Getreue standen letztlich noch an der Seite Moskaus. Ein Desaster. Viele Enthaltungen zeigen – neben der Abwägung von Interessen vor Ort – aber auch: Es ist ein beständiger Kampf um die Wahrheit und die öffentliche Meinung – in autoritären Staaten selbst, wo sich letzte Freiheiten auf das Internet und Messenger-Dienste reduzieren, in „gemischten“ Systemen und nicht zuletzt in den Demokratien selbst, die eigene Werte nicht verraten dürfen und doch wehrhaft bleiben müssen. Selbst in diesen zeigen sich die verstörenden Anfälligkeiten für Kreml-Propaganda, wie nicht nur pro-russische Autokorsos in deutschen Städten schmerzlich bewusst machen.

Bei der Bundestagswahl 2021 wurde sie nicht wirklich vermisst: die von manchen erwarteten Manipulationsversuche von außen, um das Wahlergebnis im eigenen Sinne zu beeinflussen, was auch immer das etwa im Falle von Russland oder China, den meistgenannten üblichen Verdächtigen, denn gewesen wäre. Oder war die Einflussnahme so subtil, dass sie nicht bemerkt wurde? Gerade das zeichnete ja über die Jahre diese Form der Interventionen aus, seit sie bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 Legendenstatus erreichte und immer noch gemunkelt wird, ohne diese Art der Hilfe hätte es Donald Trump nicht ins Weiße Haus geschafft. 2016 scheint ein Schlüsseljahr der Aufmerksamkeit für diese Herausforderungen. Oliver Georgi formulierte seinerzeit in der FAZ: „Der Cyber War spielt sich nicht mehr nur in der verdeckten Sphäre von Nachrichtendiensten und staatlichen Sicherheitssystemen ab, sondern vor allem als Meinungskrieg in den sozialen Netzwerken.“⁹⁹ Und Stefan Heumann prognostizierte in der Internationalen Politik: „Die Konflikte um den freien Fluss von Daten werden sich international ausweiten.“¹⁰⁰

Die Einflussnahmen auf die Brexit-Kampagnen in Großbritannien galten schon wenig später als weitere Beispiele, nicht zuletzt unter Nutzung von Firmen wie Cambridge Analytica und der tätigen Mithilfe von Facebook und anderen Plattformen. Massenweise waren sogenannte Bots im Einsatz, die mit fast in industriellem Maßstab generierten Desinformationen das Netz fluteten und für Verwirrung sorgten. Von regelrechten „Trollarmeen“ ist seitdem die Rede (siehe dazu auch Kapitel 9 „Cyberangriffe und Trollarmeen“), manche davon werden ganz konkret dem Umfeld des russischen Präsidenten Putin zugerechnet und etwa in Sankt Petersburg verortet.

Propaganda war und ist eine vergleichsweise preiswerte Form, unterhalb der Ebene kriegerischer Mittel die Widerstandskraft als gegnerisch angesehener Staaten zu schwächen. Jill Kastner und William C. Wohlforth formulierten in *Foreign Affairs*: „Great power competition has returned, and with it, so has great power subversion.“¹⁰¹ Und weiter: „Subversion combines the aggression of war with the stealth of espionage [...], it is secret, active, and transgressive.“¹⁰² Natürlich besteht ein weiterer Vorteil für potenzielle Angreifer darin, dass der Ursprung der Attacken nicht immer genau nachzuvollziehen und transparent ist – eine Tatsache, die sich bei Cyberangriffen auch andere Länder ganz offenbar zunutze machen. In der Öffentlichkeit ist es dann gegenüber *Naming and Shaming* nicht schwer, entsprechende Geheimdienstberichte zu diskreditieren und ins Reich von „man hört“ und „man sagt“ abzudrängen.

Propaganda war und ist eine vergleichsweise preiswerte Form, unterhalb der Ebene kriegerischer Mittel die Widerstandskraft als gegnerisch angesehener Staaten zu schwächen.

Der Systemwettbewerb innerhalb Europas zwischen NATO und Warschauer Pakt ist noch nicht so lange her, um nicht mehr die Versuche der DDR in Erinnerung zu haben, die westdeutsche Friedensbewegung im eigenen Sinne durch geeignete Narrative zu instrumentalisieren, wo nötig auch durch handfeste Korruption – nach der Öffnung der Archive mussten sich einige Medien unangenehme Fragen gefallen lassen. Auch die gezielte Diffamierung, um als unfreundlich eingeschätzte Politikerinnen oder Politiker mit kompromittierendem Material nachhaltig zu beschädigen, hat eine lange Geschichte und scheint bis heute gut zu funktionieren. Dass sich andererseits auch demokratische Politikerinnen und Politiker von autoritären Systemen „einkaufen“ lassen, um die öffentliche Meinung ihrer Heimatländer mit den gewünschten „Erzählungen“ zu fluten, gehört ebenfalls zur traurigen Wahrheit. Hier erzielen auch kleine autoritäre Staaten beträchtliche Erfolge, wie schon seit längerem Aserbaidschan beweist.

Längst haben Russland und China für alle sichtbar bei der Außendarstellung und Adressierung eines ausländischen Publikums aufgerüstet: Beide Länder verfügen über reichweitenstarke

eigene Programme. Vor allem China hat auch tüchtig in den Kauf von Medien investiert, besonders in Afrika, wie ausführliche Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und anderer zeigen. Tiefe Taschen der Käuferinnen und Käufer und die angeschlagene Verfassung traditioneller Medien aufgrund der Krise ihrer Werbefinanzierung haben diese zu leichter Beute gemacht. Gerade fremdsprachige Angebote sind weltweit erfolgreich, oft deutlich präsenter als etwa die Deutsche Welle. Deren vergleichsweise geringe finanzielle Ausstattung passt schlecht zur wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik, die als exportorientiertes Land auf internationale Zustimmung besonders angewiesen ist. Ihr kann es allerdings auch nicht recht sein, ansonsten international ausschließlich über angelsächsische Medien wie BBC und CNN wahrgenommen zu werden. Eine Lehre wäre, soll die eigene *Soft Power* gestärkt werden, hier bedeutend mehr zu tun, parallel zu einem deutlich gesteigerten Stipendienangebot für Journalistinnen und Journalisten, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und einer Verstärkung der Arbeit von Goethe-Instituten und deutschen Auslandsschulen.

„Propaganda der Tat“

Parallel gibt es eine „Propaganda der Tat“, wie an der Impfdiplomatie zu sehen war. Bilder prägen sich ein: hier dankbare europäische Staatsmänner wie der serbische Präsident, die chinesische Impfstoff-Lieferungen mit dem Küssen der chinesischen Flagge quittieren, dort massive Kritik an dem, was der Europäischen Union angeblich alles nicht gelingt. Und in der Tat: Brüssel könnte wieder lernen, den alten Spruch „Tue Gutes und rede darüber“ besser mit Leben zu erfüllen. Strategische Kommunikation hat an Bedeutung gewonnen, wird aber nicht überall angemessen ernst genommen.

Erfolgreich sind Staaten wie China auch damit, Selbstzensur hervorzurufen. Wissenschaft und Journalismus können ein Lied davon singen, wie schnell kritische Beiträge zu Visa-Verweigerungen führen. Die berühmten *Wolf Warriors* im chinesischen Außendienst sorgen mit einem gut organisierten „Einheitsfront-department“ beim Parteivorstand der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) dafür, dass auch die Auslandscommunity ihre Rolle spielt und abweichlerische Landsleute „im Auge behält“ – gut nachzulesen in Peter Martins „China’s Civilian Army – The Making of Wolf Warrior Diplomacy“. Umgekehrt wird mit lukrativen Anzeigengeschäften belohnt, wer „rote Linien“ zu respektieren weiß. Gleiches gilt beim Einfluss auf ausländische Thinktanks, die sich privat finanzieren müssen, oder Universitäten, die trotz aller Problematik für freie Forschung und Lehre an Konfuzius-Instituten festhalten. Großzügig ist China auch bei Stipendien im Bereich Journalismus – erstaunlich, in welchem Umfang etwa Medienschaffende aus Afrika auch für längere Aufenthalte die Gelegenheit erhalten, das Reich der Mitte kennenzulernen.

Troll-Kultur und Cancel Culture

Verschwörungstheorien und die Stiftung von Verwirrung sind besonders beliebte Mittel, das Publikum in demokratischen Ländern mindestens nachhaltig zu verunsichern und die Systeme zu unterminieren. Die Corona-Krise zeigt, was passiert, wenn niemand niemandem mehr traut, wenn alle alles für möglich halten. Umfragen belegen schon jetzt deutlich, dass weltweit das Vertrauen in die Institutionen der demokratischen Staaten geschwächt ist – aus unterschiedlichen Gründen.

Die sogenannten sozialen Medien werden fast immer als einer der Auslöser genannt. Der frühere US-amerikanische Präsident Barack Obama hat vollkommen recht, wenn er formuliert: „Wenn wir nicht in der Lage sind, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, dann funktioniert unsere Demokratie grundsätzlich nicht.“¹⁰³ Dass Jonathan Rauch, der ihn in einem Spiegel-Bericht entsprechend zitiert, neben der Troll-Kultur dafür auch eine eher einheimische Cancel Culture verantwortlich macht, zeigt, dass Demokratie auch von innen zersetzt werden kann und es dazu keineswegs immer externe Akteure braucht. Der Einfluss von außen und dahinterstehende Interessen sind gleichwohl nicht zu unterschätzen, wie Rauch mit einem Zitat von Peter Pomerantsev Richtung Kreml deutlich macht: „Im Kommunismus wollte man die Menschen davon überzeugen, dass eine großartige sozialistische Zukunft vor ihnen liege. Die neue Propaganda konzentriert sich darauf, Verwirrung zu stiften und Verschwörungstheorien zu verbreiten.“¹⁰⁴

Unterschätzte Bedrohungen

Die Resilienz demokratischer Gesellschaften ist dafür heute deutlich weniger ausgeprägt: Früher wurde sich auf die *Gatekeeper*-Funktion gut ausgestatteter Medienredaktionen verlassen, heute ist ihre Funktion erschüttert. Früher hieß es, die ARD-Tageschau könne in Latein und bei Kerzenlicht immer noch auf Einschaltquote vertrauen. Ein Anchorman wie Karl-Heinz Köpcke lief Gefahr, mit dem Regierungssprecher verwechselt zu werden, der letzte Wahrheiten verkündet. Heute schallt den öffentlich-rechtlichen Angeboten der Begriff der „Lügenpresse“ entgegen. Sogenannte Querdenker sind nicht mehr bereit, etablierte wissenschaftliche Standards zu akzeptieren. Minderheitenmeinungen werden über Gebühr gewichtet. Das Korrektiv der Regionalzeitungen steht massiv unter Druck, weil traditionelle Werberubriken ins Internet abgewandert sind. Für junge Menschen ist es eher die Ausnahme, ein lokales Blatt zu abonnieren. Gleichzeitig tun sich digitale Bezahlangebote nach wie vor schwer, obwohl jeder weiß: Guter Journalismus, gute Recherche kosten Geld, ohne sie aber ist eine wirksame Kontrolle der Mächtigen kaum möglich. Verlautbarungsjournalismus oder solcher, der anfällig ist für unlautere Werbeangebote, nimmt zu.

Zu mehr Resilienz und kritischer Aufmerksamkeit für Einflussversuche von außen trägt auch die Abwesenheit fast jeglichen Bedrohungsgefühls speziell in der deutschen Gesellschaft nicht gerade bei. Immer noch fühlen sich nicht wenige „von Freunden umzingelt“, während längst andere Zeiten eingeleitet sind. Eine „Bedrohungslage wie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr“¹⁰⁵, konstatiert KAS-Sicherheitsexperte Nils Wörmer, nachdem schon Chrystia Freeland zu dem Ergebnis kam: „The truth is that authoritarianism is on the march – and it is time for liberal democracy to fight back.“¹⁰⁶. Schwierig für ein „Schaf unter Wölfen“¹⁰⁷, wie der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Felbermayr die EU sieht, oder den sprichwörtlichen „Vegetarier unter Fleischfressern“¹⁰⁸, wie der ehemalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel formulierte. „Wir sind“, so Gabriel, „mental und politisch nicht gut vorbereitet auf eine Welt, die sich in rasantem Tempo verändert und auch noch ruppiger werden wird. Während wir gerne über Werte diskutieren, prägt zunehmend knallharte Interessenpolitik die Welt.“¹⁰⁹

Besonders problematisch ist dabei, dass demokratisch legitimierte Politiker zur Unterhöhlung von Vertrauen einen enormen Beitrag leisten, allen voran Donald Trump. Dass heute fast die Hälfte der republikanischen Wählerschaft in den USA glaubt, die jüngste Wahl wurde gestohlen und manipuliert, ist dafür ein Beispiel. Die Art und Weise, wie ein aufgeetzter Mob im Januar 2021 das Capitol stürmte, wird gerade aufgeklärt, die Untersuchungen zeigen aber ein sehr begrenztes Interesse gerade der Republikanischen Partei. Die Missachtung von Medienvertretern bei Pressekonferenzen wurde von Trump auf ein ganz neues Niveau gehoben, die Fake News haben nachhaltige Konsequenzen, wie zu sehen ist. Gleichzeitig verlassen viele ihre eigene digitale Nachrichtenblase nicht mehr. Sobald dissonante Inhalte geteilt werden, ist etwa bei Facebook die Gefahr, „entfreundet“ zu werden. Studien der Plattform für die USA weisen nach, dass die Anhängerschaft von Republikanern und Demokraten mittlerweile komplett unterschiedliche Nachrichten zur Kenntnis nehmen, Überschneidungen gibt es kaum. Dass skrupellose Medienunternehmerinnen und -unternehmer – auch hier sind die USA wie auch Großbritannien besonders abschreckende Beispiele – zu all diesen Tendenzen einen großen Beitrag leisten, gehört ebenfalls ins Panorama.

Diese Art der Selbstbeschädigung in Demokratien ist Wasser auf die Mühlen autoritärer Narrative. Nicht zuletzt China ist erfolgreich darin, einerseits die Führungsauslese demokratischer Staaten infrage zu stellen und mit Kompetenzvermutungen im eigenen Land zu verbinden, gleichzeitig aber auch den Dekadenzverdacht liberaler Staaten immer wieder zu untermauern. Stefan Meister von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) wird nicht müde, die westliche Mithilfe bei russischer Einflussnahme anzuprangern, speziell die fehlende internationale Finanzkontrolle, die erst die Mittel für Desinformation und Korruption in großem Stil im Ausland ermöglichen. Diese Offenheit allerdings ist keineswegs populär: Im aktuellen Meinungsklima ist die Gefahr, bei derartiger Kritik als unverbesserlicher Kalter Krieger wahrgenommen und mundtot gemacht zu werden, Entspannungspolitik und Dialog sind ja auch so viel schö-

ner. Dabei ist klar, wie erfahrungsgesättigt der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, in seinen diplomatischen Memoiren erinnert: „Wer alles nur schweigend hinnimmt, wird nicht ernst genommen.“¹¹⁰ Natürlich: Zu vermeiden sind doppelte Standards, die der Kritik in bestem Whataboutism entgegengehalten werden und leider zahlreich sind, wie Alexander Rahr in seinem jüngsten Russlandbuch anmerkt, in dem er speziell Bedenken vor einer grünen Hypermoral artikuliert.¹¹¹

Ungleicher Wettbewerb

Demokratien befinden sich in einem problematischen Wettbewerb: Sie und ihre Medien sind daran gehindert, die Menschen in autoritären Systemen mit unabhängigen Informationen zu versorgen, auch wegen immer wirkungsvolleren Firewalls. Gleichzeitig gebietet der eigene pluralistische Ansatz, auch Medien aus dem Ausland nicht auszuschließen und Übernahmen einheimischer Medien nicht von vornherein zu verhindern. Allerdings zeigen gerade aktuelle Maßnahmen der EU gegen staatliche russische Propagandasender, dass eine wehrhafte Demokratie gegebenenfalls auch auf „Ausschluss“ setzen kann und nationalstaatliche Regulierung da ergänzt, wo die Angebote mit Journalismus und freier Meinungsäußerung nun auch rein gar nichts mehr zu tun haben. Auch gehört ein freies Internet zum Selbstverständnis jeder Demokratie. Alles, was auch nur als Einschränkungsvorstoß erscheint, wird von der Nutzercommunity mit heftigsten Protesten begleitet. Die Asymmetrie wird eher noch wachsen, zeigt die aktuelle chinesische Politik der verschärften Kontrolle gerade im Internet: Schon mehr als dreistündiges Gaming pro Woche soll den unter 18-Jährigen verboten werden.

Auf internationaler Ebene und in ihren Organisationen versucht eine „autoritäre Internationale“ parallel, über Standardsetzungen Einfluss zu nehmen und die Souveränität der Nationalstaaten auch im virtuellen Raum nachhaltig zu verankern (siehe dazu auch Kapitel 11 „Wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit“). Mit Verweis auf mögliche „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ sollen Anbieter von unliebsamen Inhalten ferngehalten werden, auch große US-amerikanische Plattformen sind aus Angst vor dem Ausschluss vom chinesischen Markt schon in die Knie gegangen und blockieren, was dort nicht genehm sein könnte. Oft fliegt diese Regulierungsmaterie unterhalb des Radars der Aufmerksamkeit in demokratischen Staaten, oft sind Mehrheiten in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen auch so, wie sie eben derzeit sind. Schon die Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrats spricht Bände – das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Genf dokumentiert regelmäßig das entsprechende Abstimmungsverhalten und die Schief lagen bei den Bewertungen. Gern stützen sich autoritär regierte Staaten dabei auch gegenseitig und koordinieren ihre Aktionen weit besser als Vertreter der demokratischen Welt. Der Ausschluss Russ-

lands aus dem Menschenrechtsrat – bei 93 Ja-Stimmen und einer Zweidrittelmehrheit der UN-Generalversammlung – zeigt allerdings auch, dass es für solche Art „Solidarität“ Grenzen gibt, nämlich da, wo man sich augenscheinlich auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit zu Hause auf die Seite von Kriegsverbrechern stellen würde. Das ist dann wohl nur ganz Hartgesottene wie Nordkorea, Eritrea und Syrien oder abhängigen Satelliten wie Belarus egal.

Auf internationaler Ebene und in ihren Organisationen versucht eine „autoritäre Internationale“, über Standardsetzungen Einfluss zu nehmen.

Das wirkungsvollste Gegenmittel bleibt daher die Suche nach Verbündeten für demokratische Standards. Die Bildung einer Allianz der Multilateralisten zur Unterstützung einer liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung geht da in die richtige Richtung, ersetzt aber nicht Eigenverantwortung und entsprechend robustes Einstehen für die eigenen Werte. Nur so lässt sich Respekt generieren, nur so merken gerade zweifelnde Regierungen, dass es auch Demokratien ernst meinen, Konsequenzen ziehen und nicht nach rhetorischen Pflichtübungen zur Tagesordnung übergehen.

Was tun?

Bei diesen Diskussionen zeigt sich allerdings auch schnell, dass es einer gewissen technologischen Souveränität bedarf, um wirkungsvoll handeln zu können. Agieren im Cyberraum braucht entsprechende Fähigkeiten, gerade Europa scheint im Vergleich mit den entsprechenden Fortschritten anderswo nicht gerade die Avantgarde zu bilden. Dies betrifft neben dem Kampf um Narrative und *Soft-Power*-Einfluss ganz direkt auch Fragen des Schutzes kritischer Infrastrukturen. Hacking im staatlichen Auftrag sowie Hacking aus kriminellen Netzwerken heraus haben oft ähnliche Ansätze und richten ähnliche Schäden an. Es ist sicher verdienstvoll, mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Weltmarktführer in diesem Bereich zu sein, die Diskussion aber, ob eine Absolutsetzung hier dringend notwendige technologische Innovationen behindert und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, ist längst eröffnet. Emblematisch dafür der chinesische Zuruf in Pandemiezeiten: „Ihr schützt Daten, wir schützen Leben!“

Die Arbeit an den rechtlichen Rahmenbedingungen bleibt wichtig und ist zugleich besonders sensibel, sollen eigene Ansprüche in Demokratien nicht beschädigt werden. Was bedarf klarer, auch justizialer Bestimmungen, was kann und muss in der Eigenverantwortung von Plattformanbietern verbleiben? Welche Auswirkungen hat es, wenn Plattformen monopolartigen Einfluss gewinnen, Wettbewerb und den Zugang neuer Anbieter verhindern? Wo reichen das Zivil- und das Strafrecht, wo braucht es spezielle medienrechtliche Gesetze? Wie weit soll Anonymität im Netz gehen? Alles Fragen, die sowohl im Verhältnis zu externen Akteuren als auch im Binnenverhältnis demokratischer Staaten eine Rolle spielen. Diesen Fragen widmet sich zum Beispiel Daphne Wolter in Kapitel 5 „Desinformation und Hassrede“.

Sicherlich nötig sind massive Investitionen in Medienkompetenz, Medienpädagogik und die Stärkung von Eigenverantwortung – und das nicht nur für junge Menschen: Nur wer die Mechanismen und Wirkungsweisen in der heutigen Medienlandschaft und speziell im virtuellen Raum versteht, kann hinreichend sensibel für das sein, was ihm gegebenenfalls an Manipulationsversuchen begegnet. Völlig zu durchschauen ist gleichwohl auch dann vieles nicht ohne technische Hilfen, die Aufdeckung von Deep Fakes ist mittlerweile eine echte Herausforderung. Die Nutzung von Systemen der elektronischen Bild- und Videobearbeitung hat, wie auf vielen Kanälen zu beobachten ist, einerseits einen hohen Spaßfaktor, verwischt aber immer mehr auch die Grenzen zwischen Realität und Fiktion. Und das ist gerade im öffentlichen und politischen Raum keineswegs trivial.

Neben den genannten Aspekten sind die Stärkung der Zivilgesellschaften weltweit, die Unterstützung ihrer Akteurinnen und Akteure, die Etablierung eines kritischen unabhängigen Diskurses und nicht zuletzt die nachhaltige Förderung eines unabhängigen Journalismus wesentliche Mittel, sich gegen manipulative Einflüsterungen und Propaganda zu wappnen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2021 an den russischen Journalisten Dmitrij Muratow von Nowaja Gaseta und die philippinische Journalistin Maria Ressa ist ein wichtiges Signal, die Arbeit von Organisationen wie Reporter ohne Grenzen verdient jegliche Unterstützung. Auch muss es ein Anliegen bleiben, Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten zu brandmarken, wobei anzumerken ist, dass dieser Berufsstand nicht nur in autoritären Systemen ein überaus gefährliches Leben führt – die Zahl ermordeter Medienschaffender etwa in Mexiko ist ein Alarmsignal, relativiert die Kritik an Zensur und Bedrohung in autoritären Staaten aber keineswegs. Gleichwohl muss der, der Propaganda und Einflussnahme externer Akteure anprangert, zu Hause glaubwürdig bleiben und dafür sorgen, dass die Korrektive der Macht stark sind. Neben der unabhängigen Gerichtsbarkeit gehört dazu natürlich ein plurales Mediensystem. Wenn Regierungen demokratischer Staaten der Europäischen Union hier den Eindruck erwecken, auch sie kaufen sich letztlich Einfluss und manipulieren die Berichterstattung in ihrem Sinne, erweisen sie der Demokratie und ihrer Widerstandskraft einen Bärendienst!

Frank Priess ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung „Europäische und Internationale Zusammenarbeit“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 99 Georgi, Oliver 2016: Software Roboter, Automatisierter Hass im Netz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2016, in: <https://www.faz.net/aktuell/politik/automatisierter-hass-im-netz-dank-software-robotern-14245829.html> [14.02.2022].
- 100 Heumann, Stefan 2016: Staat gegen Netz, Wer kontrolliert die zentralen Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts?, Internationale Politik, 9/10-2016: 5, S. 38–44.
- 101 Kastner, Jill/Wohlforth, William C. 2021: A Measure Short Of War, Foreign Affairs, Juli/August 2021, S. 119.
- 102 Ebd.
- 103 Rauch, Jonathan 2021: Das Ende unserer Diskussionskultur, Wenn alle um Sie herum mit Ihnen übereinstimmen, machen Sie etwas falsch, Der Spiegel, 40/2021, in: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/zerstoerung-der-wahrheit-essay-von-jonathan-rauch-aced41bb8-c26b-4a64-b7be-b59966cdaaaf> [14.02.2022].
- 104 Ebd.
- 105 Wörmer, Nils 2019: Schwindende Gewissheiten?, Die Politische Meinung 558, 9/10-2019, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 29, in: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/schwindende-gewissheiten> [14.04.2022].
- 106 Munich Security Report 2019: The Great Puzzle: Who Will Pick Up the Pieces?, in: https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/MunichSecurityReport2019.pdf [14.02.2022].
- 107 Felbermayr, Gabriel 2018: Ein Schaf unter Wölfen? Die Europäische Union und der Freihandel, Aus Politik und Zeitgeschichte, 4–5/2018: S. 18, in: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/263045/ein-schaf-unterwoelfen-die-europaeische-union-und-der-freihandel/> [14.02.2022].
- 108 Der Spiegel 2018: Münchner Sicherheitskonferenz: Die EU – der Vegetarier unter Fleischfressern, 17.02.2018, in: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/muenchener-sicherheitskonferenz-die-eu-der-vegetarier-unter-fleischfressern-a-1194085.html> [14.02.2022].
- 109 Gabriel, Sigmar 2021: Globale Konflikte auf dem Vormarsch, Merkel entlässt uns schlecht gerüstet in die Krisenzeit, Der Tagesspiegel, 05.08.2021, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/globale-konflikte-auf-dem-vormarsch-merkel-entlaesst-uns-schlecht-geruestet-in-die-krisenzeit/27481542.html> [14.02.2022].
- 110 von Fritsch, Rüdiger 2020: Russlands Weg, Als Botschafter in Moskau, Berlin.
- 111 Rahr, Alexander 2021: Anmaßung, Wie Deutschland sein Ansehen bei den Russen verspielt, Berlin.